# Antrag

an die 183. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol

**DEMOKRATIEDEFIZITEN AKTIV GEGENSTEUERN UND POLITISCHE TEILHABE STÄRKEN**

Zirka 1.4 Millionen Menschen im wahlfähigen Alter haben keine österreichische Staatsbürgerschaft und sind daher vom Wahlrecht und von Möglichkeiten, ihre politische Vertretung zu bestimmen, ausgeschlossen. Sozioökonomische Faktoren wie der Bildungs- und Erwerbsstatus, Sprachkenntnisse, Familiensituation, aber auch die digitale Kompetenz, politische Kultur, etc. tragen dazu bei, dass wirtschaftlich benachteiligte Gruppen in der politischen Mitbestimmung unterrepräsentiert sind.

Gewichtige Veränderungsprozesse (Klimawende, Mobilitätswende, Planungsverfahren, etc.) müssen daher verbindlich mit den betroffenen Menschen gemeinsam entwickelt und umgesetzt werden. Es gilt diese Beteiligungsprozesse inklusiv zu gestalten, um keine Gerechtigkeitslücke entstehen zu lassen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die erzielten Ergebnisse auch alle Gesellschaftsmitglieder repräsentieren und nicht nur jene Gruppen, die mit ausreichend Zeit und Ressourcen ausgestattet sind. Das heißt konkret die Stärkung von mehrsprachigen sowie niederschwelligen Angeboten der Mitsprache und die Nutzung von Social-Media, um besonders junge Tirolerinnen und Tiroler zu erreichen.

Damit auch in Zukunft Rahmenbedingungen gesetzt sind, die allen Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Leben ermöglichen, muss Tirol dem beschriebenen Demokratiedefizit aktiv gegensteuern und Teilhabe in Entscheidungsprozessen stärker verankern. Neue Mitspracheinstrumente und -methoden sind eine zentrale Voraussetzung für die Qualität von Veränderungsmaßnahmen und Basis für eine gerechte Raumplanung sowie hohe Lebensqualität in Tirol.

**Die 183. Vollversammlung der AK Tirol fordert die neue Tiroler Landesregierung daher auf, folgende Punkte bei zukünftigen Vorhaben zu berücksichtigen, wie folgt:**

* Mehr Transparenz bei städtischen Planungsprozessen und verbindliche Einbindung von Bewohnerinnen und Bewohnern
* Eine Aufstockung und Verteilung der Budgets für Partizipation auf Länderebene auf eine Art und Weise, dass Ungleichheiten hinsichtlich Einkommen, Ausbildung, Alter, Migrationshintergrund und StaatsbürgerInnenschaft ausgeglichen werden.
* Verbindliche Qualitätsstandards für Beteiligungsformate in Hinblick auf Diversität der Teilnehmenden und soziale Reichweite.
* Inklusive Zugänge zur politischen Mitbestimmung durch niederschwellige und mehrsprachige Angebote, Social-Media-Kampagnen, Kinderbetreuung etc.